

HAUSHALTSREDE



DIE LINKE.
im Kreistag – Landkreis Göppingen



Auf Kante genäht ...

**... könnte die Überschrift für den 2018er
Haushalt des Landkreises lauten.**

(2)

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,
sehr geehrte Herren Kreiskämmerer Stolz, Kreissozialdezernent Dangelmayr,
Erster Landesbeauftragter Heinz, Amtsleiter Haas,
geschätzte Mitarbeiterinnen u. Mitarbeiter der Kreisverwaltung,
werte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

Um ihre Aufgaben bewältigen zu können, brauchen die Kommunen dringend eine umfassende staatliche Finanzreform.

Existenziell wichtige Aufgaben, wie die Integration von Flüchtlingen, dürfen nicht nur als Pflichtaufgabe definiert, sondern müssen auch durch die Zuweisung der entsprechenden Mittel finanziell dauerhaft gedeckt sein, auch um dem Rechtspopulismus und Rechts-
extremismus die Grundlage zu entziehen.

Denn nicht zuletzt das Ausspielen der berechtigten Interessen der Geflüchteten gegen die Interessen der Armen und Bedürftigen in unserem Land, sind doch der Nährboden für diese Gruppierungen und den Wahlerfolg der braunen AfD.

Dies gilt natürlich gleichermaßen für die gesamte Behinderten - und Sozialpolitik.

Es gibt bestimmte Dinge, die man jedes Jahr blind in Haushaltsreden einbauen kann, ohne den Haushalt aufgeschlagen zu haben.

Eines davon ist, dass das ständige Monieren der schlechten Finanzausstattung der Kommunen von Parteien, die auf Landes- und Bundesebene für eben diese sorgen, höchstens als Realsatire erhalten kann.

So richtig die Kritik im Kern ist, so sehr muss man sich die Frage stellen, warum die Kritiker dann hier Parteien vertreten, die diese Misere durch ihre Kürzungspolitik in Bund und Land zu verantworten haben?

Diese Kritik wird ja auch von ihren Parteikollegen in nahezu allen Kreisen, Städten und Gemeinden in gewohnter Regelmäßigkeit vorgebracht. Ich frage mich, was Sie dann eigentlich in ihren Parteigremien besprechen?

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren,

es ist richtig, die kommunale Finanzausstattung ist völlig unzureichend. Die Sparabsichtspolitik der vergangenen Jahre wird jedoch keineswegs zu einer Entspannung der Situation führen. Was erreichen wir denn dadurch, dass beispielsweise die Instandhaltung für Straßen auf die Bremse getreten wird?

Der oft missbrauchte Begriff der Generationengerechtigkeit muss ja stets für die konsequente Forderung herhalten, keine neuen Schulden zu machen. Doch was nützt es den nachfolgenden Generationen keine Schulden zu haben, stattdessen jedoch eine völlig marode Infrastruktur?

(3)

Schulden sind auch Investitionen in die Zukunft. Kaum einer, der ein Haus errichtet, kann dies tun, ohne sich zu verschulden. Ich frage mich, wann die ersten Politiker von CDU, FDP, SPD + GRÜNE die Schuldenbremse für Privathaushalte fordern???

Eine Neuaufteilung des Steueraufkommens, eine steuerliche Umverteilung von oben nach unten ist also dringend notwendig!

Das heißt auch:

Reiche und Superreiche müssen deutlich höher besteuert werden.

Entsprechende Konzepte liegen seit Jahren vor! Für diese Konzepte - meine Damen und Herren - sollten wir uns gemeinsam einsetzen. Dann würde auch unser Kreistag einen deutlich größeren finanziellen Spielraum erhalten.

Nur so können wir endlich wieder im Sinne der Bürgerinnen und Bürger selbst bestimmen und selbst gestalten!

DIE LINKE. will für die Zukunft gestalten und nicht nur verwalten!

DIE LINKE fordert, die notwendigen politischen Auseinandersetzungen zu führen, aber auch juristische Maßnahmen einzuleiten und durchzuführen, um eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sicherzustellen! Der Kreis Göppingen soll sich dafür einsetzen, dass dabei nicht Kommunen, Kreise gegeneinander ausgespielt werden!

DIE LINKE wird daher beantragen, dass die politischen Entscheidungsträger im Kreis gemeinsam mit den betroffenen Kommunen aktiv werden und alle Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen.

Denn bisher haben die Aktivitäten unserer Interessenvertretung, des Landkreistages, nicht zu einer angemessenen Verbesserung der kommunalen Haushalte oder des Kreishaushalts geführt. Und es gibt leider auch keine Hinweise, dass eine solche Verbesserung zu erwarten ist.

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger,

problematisch wird es erst, wenn den sich auftürmenden Schulden keine Vermögenswerte oder nennenswerte Einnahmen mehr entgegenstehen.

Die Einnahmeseite wurde bekanntlich in der Rot-Grünen Regierungszeit deutlich geschwächt; durch Senkung des Spitzensteuersatzes oder der Körperschaftssteuer. CDU und FDP oder jetzt CDU und SPD halten es nicht für notwendig, daran etwas zu ändern.

Auch Jamaika hat sich trotz des jungfräulichen Zierens der GRÜNEN wohl bereits auf Schäubles Tradition"der vor sich hertragenden - „Fehlentscheidungs Monstranz“ - der "Schwarzen Null" verständigt!

Die Steuerquote ist eine entscheidendere Größe, und die ist eben nicht auf einem Rekordhoch. Außerdem darf man nicht vergessen, dass die steuerliche Belastung der großen Einkommen und Vermögen, wie erwähnt, gesenkt wurde, die Belastung der unteren und mittleren Schicht der Bevölkerung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 % durch CDU und SPD deutlich erhöht wurde:

Es wurde also umverteilt, und zwar von unten nach oben!

(4)

Dies gilt es umzukehren, lesen wir doch jeden Tag, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderklafft.

Ja 15,7 % der Kinder in Deutschland, in unserem reichen Land, so nach einer neusten Studie, leben in Armut, und müssen davon ausgehen länger als 5 Jahre in Armut zu leben und schwerlich aus dieser raus zukommen! Das ist ein Skandal!

Wenn sich an der Einnahmeseite nichts ändert, wenn weder große Vermögen besteuert werden, oder Konzerne wie Amazon, Apple, Ikea oder Google praktisch keine Steuern zahlen, dann brauchen wir uns in naher Zukunft nicht mehr zu Haushaltsberatungen zusammensetzen. Und dabei ist es letztlich egal, ob man Straßen bauen, Kulturangebote schaffen oder Bäume pflanzen will: das wird alles ausfallen!

Trotz alledem möchte ich dennoch auf ein paar Punkte im Entwurf näher eingehen.

Zunächst einmal begrüße ich NICHT die Automatik, durch Drängen der Kommunen im Kreis und Ihrer reichlich vertreten Oberhäupter in diesem Gremium, sich nicht an die Kreisumlagerhöhung zu wagen!

Spätestens wenn die Betonklötze fertig sind, Landeszuschüsse nicht wie eingeplant in voller Höhe sprudeln, die schwarze Klinik-Null als Seifenblase platzt, wird der Aufschrei groß sein, weil dann durch jahrelange Vermeidung eines moderaten Anstieges der Kreisumlage, der dann zwangsläufig notwendige Schockanstieg der Kreisumlage zwingend kommen muss!

Deshalb wir DIE LINKE. auch eine moderate Anhebung der Kreisumlage von 34,1 auf 35,0 fordern!

Der jetzt gigantisch aufgeblähte Haushalt ist der Ausdruck dafür, dass das Konnexitätsprinzip ausgeschaltet ist und dass haben, bis auf die Freien Wähler hier, Sie meine Damen und Herren, die alle in wechselnden Koalitionen regieren, vollumfänglich zu verantworten. Mit dieser Politik machen Sie sich und Ihre Parteien zum Steigbügelhalter der Totengräber kommunaler Selbstbestimmung.

Sie und Ihre Parteien werte Kolleg_innen läuten mit jedem dieser Haushalte selbst bereits die Totenglocke der kommunalen Selbstverwaltung in unserer Kreisukunft.

Der Ruf nach Kürzungen wird dann wieder laut werden. Ich kann mich als Göppinger Stadtrat noch gut an die Panikbeschlüsse erinnern, als durch Kreistagskollege Till, in seiner Amtsführung als Göppinger OB, in den Göppinger Stadtteilen auf 100 Euro weise die Weihnachtsbäume von Ihm gestrichen wurden und seine Partei einen 10% entigen Kürzungsrasenmäher pauschal für den Gesamthaushalt beschloss!

Wo wird und wurde denn von Ihnen längst gekürzt? Bei den Ärmsten der Armen. Die Kosten der Unterkunft wurden deutlich abgesenkt. Baut die Kreisbau noch Sozialwohnungen, nein - in Geislingen wurden unlängst Anteile mit der Stadt Geislingen verscherbelt. Mit uns LINKEN ist dies nicht zu machen. Dies führte nicht um sonst u.a. zur Trennung vom parteilosen Stadtrat Schrag, der für DIE LINKE im Geislinger Rat saß!

Wozu führte und führt dieser Ausstieg aus der sozialen Verantwortung?

(5)

Auch wenn unsere kommunalen Sozialverwaltungen es gerne bestreiten, wird es dazu führen, dass in den Städten eine zunehmende Ghettoisierung einsetzen wird. Wir haben bereits eine starke Konzentration von Armut in bestimmten Stadtteilen und Kommunen. Dies wird in nahezu allen Städten und Gemeinden ähnlich sein. Profitieren wird die AfD wie z.B in Ursenwang mit Ergebnissen in Stimmbezirken von über 20%. Wohnraum für Menschen im Sozialleistungsbezug gibt es bei den neuen, niedrigeren Sätzen jedoch nur noch in immer den gleichen Stadtteilen und immer den gleichen Objekten.

Sie produzieren hier Probleme in den Städten und Gemeinden des Kreises. Wer das nicht sehen will, sollte sich mal mit den Wohnungsbaugesellschaften in Verbindung setzen, oder die örtlichen Sozialbehörden kontaktieren.

Die nicht wirklich vorhandenen Konzepte des Kreises oder der Kreisbau sorgt dafür, dass Menschen in eigentlich inakzeptablen Wohnraum einziehen müssen, da nicht ausreichend anderer Wohnraum zur Verfügung steht. Die Vermieter bekommen andererseits selbst die miesesten Wohnungen vermietet, und sparen sich Kosten für eine Sanierung. Sie alle werden in Ihren Städten und Gemeinden in den kommenden Jahren die Auswirkungen sehen.

Lassen Sie uns doch für die zahlreichen Menschen im Kreis, die auf Unterstützung angewiesen sind, die Erwerbslosen, die Aufstocker, endlich auch mal etwas tun!

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff, an diesem Punkt möchte ich auch ein Wort an Sie bezüglich Ihres Hinweises, im Zuge Ihrer Haushaltseinbringung, richten:

Die alarmierenden Zahlen zum Sozialbereich sind nicht mit der Frage auf Notwendigkeit der Überprüfung von Freiwilligenleistungen zu beantworten. An diesem Punkt werde ich Ihnen als Sozialist ausnahmsweise die Gefolgschaft verweigern müssen!

Sorge bereiten natürlich auch mir die steigenden Sozialaufwendungen. Immer mehr Menschen auch im Kreis Göppingen sind auf Sozialleistungen angewiesen. Doch ich habe natürlich eine ganz andere Herangehensweise an diese dramatische Entwicklung als Sie meine Damen und Herren.

DIE LINKE sieht es umso mehr als nötig an, den Hilfsbedürftigen unsere Hand zu reichen. Gerade in der kommenden Vorweihnachtszeit sind viele nicht nur auf ein liebes Wort, auf eine nette Geste angewiesen.

So beantragt DIE LINKE. z.B. den Bau von jährlich 100 Sozialwohnungen in Brennpunkten über den Landkreis verteilt für Menschen in prekären Lebensverhältnissen.

Herr Landrat, meine Damen und Herren, sozial-ökologisches Wirtschaften ist möglich – auch im Landkreis Göppingen!

Soziale Investitionen sind auch Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft.

(6)

Im Sozialbereich darf es eben nicht nur darum gehen, notdürftig Löcher zu stopfen. Genau hier müssen Zukunftsinvestitionen stattfinden, die für alle Menschen, die hier leben, soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe garantieren.

Wir brauchen schnelles Internet für alle und - ebenso sehr - schnelle, gut vernetzte und für alle Menschen bezahlbare Verkehrsverbindungen.

Deshalb beantragt DIE LINKE eine Million Euro zusätzlich für den Breitbandausbau in der ländlichen Fläche, sowie die uneingeschränkte Vollintegration in den VVS.

Wer Menschen in Arbeit bringen möchte, muss auch für deren Mobilität sorgen!

Für die Ärmsten der Armen, den Obdachlosen baut die WGG ein Obdachlosen Quartier, hier sollte sich der Kreis an der Betreuung der über 50 Bewohner mit der Stadt auf ein adäquates Betreuungskonzept einigen und ein gemeinsames Finanzierungskonzept auf den Weg bringen. OB Till sperrt sich dagegen, will alles auf den Kreis abwälzen will und fährt hierbei auf die gleiche unangenehme Weise seiner neuen 1. Bürgermeisterin Frau Cobet in der Parade, wie er es schon bei der ehemaligen Kreisratskollegin von den FREIEN WÄHLER, der 1. Bürgermeisterin Zull getan hat.

Auch dazu gibt es einen Antrag der LINKEN.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf der anderen Seite sollten wir in allen Aufsichtsgremien, sowohl in den Beteiligungen als auch in unseren Eigenbetrieben, für soziale Gerechtigkeit sorgen, indem die Gehälter von Geschäftsführungen am obersten Ende der Einkommenspyramide nicht ausufernd sind. Deshalb möchte ich auch nochmals ausdrücklich begrüßen, dass sich das Gremium nicht von der Gegenkandidatin von Herrn Dangelmayr, bezüglich Ihrer Gehaltsforderungen, beeindrucken lässt. Solche klare Positionen dürfen gerne Schule machen!

Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

An zahlreichen Stellen im Haushalt werden Dienstleistungen extern vergeben. Hier gilt es eine Überprüfung anzustrengen und so schnell wie möglich zu rekommunalisieren, und die Leistungen wieder durch Mitarbeiter des Kreises, die anständig bezahlt werden, zu erbringen!

Hierzu wird DIE LINKE einen Prüfantrag stellen, um für das Jahr 2018 möglichst die ersten Maßnahmen einleiten zu können!

Lassen Sie mich nun zu einem der für mich ebenfalls wichtigem Teilaspekt der Kreisfinanzen: dem – ich nenne es mal – Schattenhaushalt, kommen. Der Schattenhaushalt ist all das, was im Haushaltsentwurf des Kreises wenig bis gar nicht auftaucht: den Kreisgesellschaften. Originären Aufgaben der öffentlichen Hand werden in privatwirtschaftlicher Form betrieben. Dabei gibt es Geschäftsführer mit nicht unerheblichen Gehältern sowie Aufsichtsratsposten, die durchaus auch monetär ins Gewicht fallen. Die Entscheidungen zu diesen Gesellschaften werden in aller Regel hinter verschlossenen Türen gefällt. Auch sind die Finanzströme kein Teil des normalen Kreishaushaltes mehr. Es wird mehr oder weniger nur ausgewiesen, was in die Gesellschaften rein geht, und was raus kommt. Das hat mit dem Vorrang der Öffentlichkeit, wie ihn die Kreisordnung vorsieht, nichts zu tun. Transparenz sucht man häufig vergeblich.

(7)

Man kann den Eindruck gewinnen, dass hier Politik in dem Sinne gemacht wird, wie Paul Valéry es einmal formulierte:

„Politik ist die Kunst, die Leute daran zu hindern, sich um das zu kümmern, was sie angeht!“

Wir brauchen an dieser Stelle Transparenz und Umdenken.

Besonders fatal wird es, wenn wir die Verantwortung durch Verkäufe aus der Hand geben. Der Verkauf unseres Müllheizkraftwerkes und die der Übernahme durch eine chinesische Heuschrecke fliegt uns jetzt nicht um sonst auf die Füße!

Auch zu diesem Thema Müllheizkraftwerk gibt es einen Antrag der LINKEN.

Meine Damen und Herren,

wir beraten einen Haushaltsplanentwurf, der nicht wirklich zukunftsweisend ist, sondern notgedrungen bestandswahrend versucht zu verwalten und die Betonbaupolitik in den Mittelpunkt rückt und darüber nachdenkt die Freiwilligenleistungen anzugreifen, der sich mit den Gegebenheiten der Finanzierung der kommunalen Haushalte abfindet. Wenn weiterhin alle Kreise, Städte und Gemeinden das Spiel mitmachen, und mit allerlei Taschenspielertricks ihre Haushalte irgendwie – wenigstens im Entwurf – ausgleichen, dann wird sich die Abwärtsspirale weiter drehen.

Gerade gestern sprach mein Stadtratskollege und stellvertretender Fraktionsvorsitzender Michael Freche in seiner Haushaltserwiderung im Göppinger Stadtrat von den Kniffen z.B von OB Till. OB Till erklärt sich für Göppingen für faktisch „SCHULDENFREI“. Das ist unter anderem das Ergebnis seiner rigiden Personalpolitik, die verhindert, dass die Verwaltung aus dem Rückstau unbearbeiteter Aufgaben herauskommt. Haushaltsrückstellungen in Höhe von 30 Millionen bis 30.9.2017, weil nichts in seiner Verwaltung an Beschlüssen des Stadtrates wirklich abgearbeitet wird, nicht aus Unvermögen, der von mir geschätzten städtischen Mitarbeiter heraus, sondern weil natürlich so Ungeliebtes von Herr Till liegen gelassen werden kann. Aus dieser Bilanz heraus sich schuldenfrei zu erklären sind genau die Haushaltstricks die keiner braucht.

Das Budgetrecht, und das gilt auch für die Ebene unseres Kreises, ist ein hohes Gut. In Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG ist die kommunale Selbstverwaltungsgarantie verankert. Zu den elementaren Rechten der Selbstverwaltungsgarantie zählen die kommunale Finanzhoheit und die Abgabehoheit, in einfachen Worten: die Aufstellung des Haushaltes. Dass dabei die Großen die Kleinen niederstimmen war sicher nicht die Idee unser Gründungsväter und wenigen Mütter.

In diesem Sinne werde ich meine Zustimmung zum Haushalt auch davon abhängig machen, wenn Sie als große Fraktionen tatsächlich auch soviel Größe besitzen, bescheidene Anträge eines Einzelkreisrates beschließen zu können.

Auch muss das Verfahren der Teilnahme eines Einzelkreisrates bezüglich seiner Rechte bei Verwaltungs -u. Fraktionsvorlagen zum Haushalt auf ein sauberes rechtliches Fundament gestellt werden, oder zumindest ein Kompromiss erarbeitet werden. Dass ein Einzelkreisrat nicht zu Anträgen und Vorlagen Stellung beziehen kann, noch eine Abstimmungs-möglichkeit hat, geht so gar nicht. Das RP wird hierzu mit der Kreisverwaltung nach einer

(8)

Das RP wird hierzu mit der Kreisverwaltung nach einer Lösung suchen, ohne dass wir, wie das Stuttgarter Stadtparlament, stundenlang als Plenum tagen müssten. Ich habe hierzu dem RP und Herrn Landrat Wolff einen gangbaren Weg aufgezeigt, denn ich bereit wäre zu akzeptieren, da mir an einer konfrontativen Haltung und Lösung nicht gelegen ist.

Meine Stellungnahme zum Kreishaushalt 2018 erhebt natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Auch gilt wie immer das gesprochene Wort.

Meinen Beitrag möchte ich mit einem Zitat von Johann Gottfried Seume abschließen:

"Der Staat sollte vorzüglich nur für die Ärmeren sorgen, die Reichen sorgen für sich selbst."

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit

Göppingen den 10. November 2017

Christian Stähle

(KrR/StR)

Antrag I

DIE LINKE. beantragt für den Bau von 100 Sozialwohnungen im Landkreis die notwendigen Mittel für 2018, unter Einbeziehung günstiger Kreditmittel von Förderbanken, für Menschen in prekären Lebensverhältnissen einzustellen.

Begründung:

Die Wohnraumnot im Kreisgebiet und die damit sozialen Verwerfungen dürfen nicht allein den einzelnen Kommunen überlassen werden. Auf Grund des Bedarfs an Wohnungen auch für den Landkreis, ist es notwendig, dass die Kreisverwaltung, in Abstimmung mit den Kommunen, seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge auch im Bereich sozialer Wohnungsbau gerecht wird.

Antrag II

DIE LINKE. beantragt eine Million € für den Breitbandausbau, in der ländlichen Fläche, für den Landkreis zusätzlich einzustellen.

Begründung:

Da der Breitbandausbau überwiegend im Monopol der Telekom liegt und somit im ländlichen Raum der Breitbandausbau für die Telekom nicht lukrativ genug ist, wird der ländliche Raum zunehmend infrastrukturell in diesem Bereich abgehängt. Deshalb muss der Landkreis hier nicht nur für die private Nutzung, sondern auch für Wirtschaftsbetriebe, den Breitbandausbau zusätzlich vorantreiben.

Antrag III

DIE LINKE. beantragt die uneingeschränkte Vollintegration in den VVS. Die notwendigen Mittel werden im Haushalt eingestellt.

Begründung:

Die jetzigen ausgehandelten Modalitäten sind eine einmalige Chance endlich über die Vollintegration in den VVS den ÖPNV im Kreis an den Standard der Metropolregion Stuttgart anzupassen.

Antrag IV

DIE LINKE. beantragt 50% der Kosten ein „Kümmerers“ - Sozialarbeitsers für das neue Obdachlosen Quartier, dass von der WGG für 50 Obdachlose gebaut wird, zu übernehmen.

Begründung:

Der Landkreis soll auf Grund der Vorgespräche von Herrn Dangelmayr und Frau Cobet ein Betreuungskonzept der über 50 Bewohner mit dem Landkreis und der Stadt Göppingen zu erarbeiten und dabei 50% der Kosten zu übernehmen.

Antrag V

DIE LINKE. stellt den Prüfantrag zur Rekommunalisierung aller Dienstleistungen die der Kreis vergeben hat.

Begründung:

An zahlreichen Stellen im Haushalt werden Dienstleistungen extern vergeben. Hier gilt es eine Überprüfung anzustrengen und so schnell wie möglich zu rekommunalisieren und die Leistungen wieder durch Mitarbeiter des Kreises, die anständig bezahlt werden, zu erbringen! Die Verwaltung prüft dies und schlägt die Reihenfolge möglicher Rekommunalisierungen mit den haushaltswirksamen Personalkosten / anderweitiger Kosten vor, um diese nach und nach, je nach Kündigungsmöglichkeiten der Dienstleistungsverträge, beginnend ab 2018 umsetzen zu können.

Antrag VI

DIE LINKE. beantragt die notwendigen Mittel für Besprechungen, Tagungen oder mögliche juristische Verfahren einzustellen, dass die politischen Entscheidungsträger im Kreis gemeinsam mit den betroffenen Kreis - Kommunen aktiv werden können und um alle Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen zu können damit ein deutlich größerer finanzieller Spielraum im Landkreis möglich wird.

Begründung:

DIE LINKE fordert, die notwendigen politischen Auseinandersetzungen zu führen, aber auch juristische Maßnahmen einzuleiten und durchzuführen, um eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sicherzustellen! Der Kreis Göppingen soll sich dafür einsetzen, dass dabei nicht Kommunen, Kreise gegeneinander ausgespielt werden!

Antrag VII

DIE LINKE. beantragt die notwendigen Mittel für den Rechtsstreit für alle Instanzen mit dem Betreiber des Müllheizkraftwerkes in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Da der Betreiber und der Landkreis auf Grund des anhängigen Verfahrens verführt sind „deals“ zu schließen z.B. über die zur Problematik der Durchlasserhöhung und hinausgezögerte Vertragslaufzeiten, kann eine Abtrennung dieser Verhandlungen und dem laufenden Prozess nur zu einer Versachlichung der Problematik führen und der schlechte Beigeschmack für die Bürger_innen entfällt. Durch die Einstellung der Rechtsstreitkosten durch alle Instanzen, beginnend mit dem aktuellen anhängigen Rechtsstreit vor dem Ulmer Gericht, führt zur dringend notwendigen Unabhängigkeit von den Forderungen des Kraftwerksbetreibers an den Landkreis.

Antrag VIII

DIE LINKE. beantragt eine moderate Anhebung der Kreisumlage von 34,1 auf 35,0

Begründung:

Ohne eine sanfte moderate Anhebung der Kreisumlage wird es spätestens nach den Baumassnahmen oder dem kleinsten Einnahmeneinbruch zu dramatischen Anhebungen kommen, die kleineren Kommunen im Kreis den Boden unter den Füßen wegziehen wird.